

Raus aus dem Corona-Teufelskreis

Die Infektionszahlen steigen vielerorts wieder. Daraus aber die Notwendigkeit von wieder strengeren Freiheitsbeschränkungen abzuleiten, ist ein gefährlicher Trugschluss. **REINER EICHENBERGER UND DAVID STADELMANN**

Corona ist zurück. Die gemeldeten Infektionszahlen in Österreich, Belgien und Grossbritannien sind wieder etwa gleich hoch wie im März/April, in Frankreich, den Niederlanden und Spanien sogar rund doppelt so hoch. Als Folge nehmen die Freiheitsbeschränkungen zu. Doch je länger sie bestehen, desto weniger nützen und desto mehr schaden sie und desto eher eskalieren sie bis zum Lockdown.

Am Anfang der Pandemie waren die Ungewissheit über das Virus und die Opferbereitschaft aller gross. Nun aber werden die individuellen Risiken immer klarer und handlungsrelevanter. Breit angelegte Antikörperstudien schätzen die tatsächlichen Infektionszahlen und Risiken. Für die Schweiz besonders relevant ist eine Studie für den Kanton Genf (publiziert im Juli im angesehenen «The Lancet Infectious Diseases»).

Sie schätzt das Sterberisiko im Falle einer Infektion für über 65-Jährige auf 5,6%, für 50- bis 64-Jährige hingegen auf 0,14% und für 20- bis 49-Jährige auf 0,0092%, also 9,2 Personen pro 100 000 Infizierte. Vergleiche helfen, Risiken zu erfassen: Im Schweizer Strassenverkehr starben im zehnjährigen Durchschnitt jährlich 3,2 Personen pro 100 000 Einwohner. 1990 starben noch 13,9, und im Verkehr der USA starben heute noch 12,4 Personen pro 100 000 Einwohner.

So gesehen ist für 20- bis 49-Jährige das Sterberisiko im Fall einer Coronainfektion dem jährlichen Sterberisiko im Verkehr ähnlich. Viele gehen freiwillig weit grössere Risiken ein, etwa beim Motorrad- oder Velofahren, beim Bergsteigen oder beim Rauchen. Die Bürger verstehen ihre persönlichen Risiken – Alter, Übergewicht, gewisse Vorerkrankungen, die wiederum mit dem Alter zunehmen – immer besser und können die Krankheit persönlich fassen: Immer mehr Junge haben Bekannte, die an Corona erkrankt und zumeist genesen sind.

Doppelte Betroffenheitsschere

So entsteht eine doppelte Betroffenheitsschere: Zum einen streben die gesundheitlichen Risiken durch Corona systematisch auseinander. Eine grosse, immer klarer umrissene Gruppe von Personen hat relativ kleine Gesundheitsrisiken und profitiert wenig von der Eindämmung des Virus. Zum anderen steigen durch die Einschränkungen die wirtschaftlichen und sozialen Risiken sowie Zukunftsängste. Auch sie sind sehr ungleich verteilt und treffen Arbeitstätige weit mehr als Rentner.

Die doppelte Betroffenheitsschere lässt viele Bürger im frühen und mittleren Erwachsenenalter unvorsich-

tiger werden. Das begünstigt die Ausbreitung des Virus. Die Regierungen haben daraufhin die Verhaltens-einschränkungen für alle verschärft. Das führt ins Abseits. Diejenigen mit kleinen gesundheitlichen und grossen sozialen Risiken sind immer weniger bereit, die amtlichen Vorgaben geflissentlich zu befolgen. Entsprechend breitet sich das Virus unter ihnen aus.

Das befeuert einen Teufelskreis: Solange die Fallzahlen wachsen, werden die Massnahmen verschärft, was aber immer weniger nützt, weil die wenig Gefährdeten nicht mitziehen. Dieser Teufelskreis hat riesige gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten und droht die Gesellschaft zu spalten: Menschen mit hohen gesundheitlichen Risiken fühlen sich trotz harter Massnahmen zu wenig geschützt. Hingegen empfinden diejenigen mit tiefen gesundheitlichen und hohen wirtschaftlichen Risiken die Eingriffe zunehmend als unverhältnismässig.

Die Regierungen versuchen diejenigen, die ihr eigenes Risiko gering einschätzen, «zur Vernunft» zu bringen. Statt über die doppelte Betroffenheitsschere berichten sie über schwerwiegende Einzelfälle junger Personen. Doch sie überzubetonen, schadet. Die Regierungsstrategie erscheint einigen als Panikmache und bietet den Nährboden für Verschwörungstheorien. Gleichzeitig verängstigt sie die Risikogruppe zusätzlich, sodass viele ihre tatsächlichen Risiken überschätzen und an Viren- und Kontaktangst verzweifeln.

Schliesslich gibt es die wachsende Gruppe derer, die eine Coronainfektion abgewehrt haben und sich nach heutigem Wissen kaum vor schwerer Wiedererkrankung in den nächsten Monaten fürchten müssen. Diese Gruppe der weitgehend Immunen darf nicht weiter vernachlässigt und damit diskriminiert werden. So hatten in Genf schon Anfang Juni geschätzte 11% der Bevölkerung Antikörper, die auf Immunität hinweisen.

Damit war die tatsächliche Zahl der Infektionen wenigstens zehnmal höher als die gemeldeten Zahlen. Auch viele andere Studien haben eine ähnlich hohe Dunkelziffer gefunden. Bei Zürcher Kindern betrug sie gemäss einer neuen Studie das 89-Fache der gemeldeten Zahlen! Unter Annahme einer Dunkelziffer von Faktor zehn dürfte die Durchseuchung in den USA und Brasilien heute rund 25% betragen.

Für die Einheitspolitik der Regierungen sind die Immunen Sprengstoff, weshalb sie nicht berücksichtigt werden. Aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen sollten sie von vielen Einschränkungen ausgenommen werden. Dann wollen aber auch andere bald immun

werden. Als Folge bricht die Disziplin erst recht zusammen, und das Virus breitet sich noch schneller aus.

Wenn darauf manche Regierungen mit noch härteren Massnahmen reagieren, landen viele Länder wieder im Lockdown. Dann droht der vom März bekannte Herdeneffekt: Viele Regierungen wollen nicht als Erste einen Lockdown befehlen, dürften aber willig anderen folgen.

Differenzierte Schutzmassnahmen

Der Teufelskreis muss unterbrochen werden. Dazu braucht es zweierlei. Erstens eine sachlich gerechtfertigte Politik. Nur wenn die vielen wenig Gefährdeten möglichst ungehindert arbeiten können, sind auch die Ressourcen verfügbar, die zum Schutz der Risikogruppen nötig sind. Schutzmassnahmen müssen geografisch je nach Gefährdungslage differenziert werden. Das bringt keinen Flickenteppich, sondern grössere Einheitlichkeit in dem Sinne, dass Gleiches gleich behandelt wird. Zudem müssen die Schutzmassnahmen direkter auf die wirklich Schutzbedürftigen zielen.

So könnten im öffentlichen Verkehr und im Detailhandel die allgemeinen Massnahmen gelockert, aber dafür spezielle Waggons und Einkaufszeiten mit noch grösseren Schutzanstrengungen eingerichtet werden. Ähnlich könnten in Wohnstätten für ältere Personen die Sicherheitsaufwendungen gemäss den Wünschen der Bewohner differenziert werden.

Der freiwillige Einsatz von bereits Genesenen und weitgehend Immunen in Pflegeheimen entspräche dem üblichen Vorgehen bei anderen Infektionskrankheiten wie der Grippe, wo die Pflegefachkräfte oft durch Impfung immunisiert sind und daher ein geringeres Infektionsrisiko besteht. Gleichzeitig sollte auf Möglichkeiten des Eigenschutzes vor Infektion, etwa durch partikelfiltrierende Halbmasken, expliziter hingewiesen werden.

Zweitens müssen die Regierungen offener über die Krankheit und die wirtschaftlichen Folgen informieren. So müssten sie klar sagen, wie stark die gemeldeten Daten die tatsächlichen Infektionszahlen infolge Dunkelziffer unterschätzen und damit die Risiken überschätzen und unter wie starken Vorerkrankungen die Verstorbenen und die Schwererkrankten litten.

Die niedrigen Zahlen machen es einfach, die wahren Ursachen und den Gesundheitszustand der Opfer vor ihrer Coronaerkrankung zu eruieren. Schliesslich ist zur Vermeidung von Regierungs-Herdenverhalten das Bekenntnis notwendig, dass beim heutigen Wissen über die gesundheitlichen Konsequenzen von Corona ein allgemeiner, gesellschaftlicher Lockdown wie im Frühjahr weder zielführend noch angemessen ist.

.....
Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe. David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.



«Für die Einheitspolitik der Regierungen sind die Immunen Sprengstoff.»